

Titel Unsere Forderungen für ein erfolgreiches Schuljahr 2020/2021

AntragstellerInnen Jusos Bodensee, keine

Zur Weiterleitung an

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

Unsere Forderungen für ein erfolgreiches Schuljahr 2020/2021

1 Die Corona-Pandemie hat Kultusministerien, Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern vor
2 enorme Herausforderungen gestellt – und wird dies auch weiterhin tun. Schulschlie-
3 ßungen, digitaler Fernunterricht und Homeschooling waren notwendig, haben jedoch
4 Bildungsungleichheiten verstärkt und die Mängel unseres Bildungssystems offenbart.
5 Vorgaben und Krisenmanagement der Landesregierung und des Kultusministeriums
6 waren an vielen Stellen unzureichend, Bildungsungerechtigkeiten wurden willentlich in
7 Kauf genommen.

8 Im kommenden Schuljahr muss sich im bildungspolitischen Krisenmanagement genau-
9 so wie in unseren Schulen vieles ändern. Es gilt, auf die Bedürfnisse von Schüler*innen,
10 Lehrkräften und Eltern Rücksicht zu nehmen. Deshalb begrüßen wir es, dass das Kultus-
11 ministerium nun einen langfristigen Plan für den Regelbetrieb an Schulen vorgelegt hat.
12 Eine vorausschauende Planung, die auch unter schwierigen Bedingungen notwendig ist,
13 hat Kultusministerin Eisenmann in den vergangenen Monaten leider viel zu oft vermis-
14 sen lassen. Aber auch das *Konzept für einen Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen an*
15 *den auf der Grundschule aufbauenden Schularten in Baden-Württemberg* ist an einigen Stel-
16 len unzureichend. Wir fordern eine Reihe von Modifizierungen und Verbesserungen, da-
17 mit im kommenden Schuljahr alle Schüler*innen die gleichen Chancen, alle Lehrkräfte
18 einen guten Gesundheitsschutz und alle Eltern die notwendigen Entlastungen haben.

19 *Digitalisierung: Nicht nur sofort, sondern auch nachhaltig*

20 Das Sofortprogramm der Landesregierung für den Erwerb digitaler Geräte, die Schü-
21 ler*innen als Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden sollen, war dringend notwendig.
22 Die Initiative hierfür geht jedoch auf die SPD in der Bundesregierung zurück, die mit 500
23 Millionen Euro bedürftige Schüler*innen beim Erwerb von Tablets und Laptops finanziell
24 unterstützt und Online-Lehrangebote ausbaut. Die grün-schwarze Landesregierung hat
25 es vielmehr jahrelang nicht verstanden, dass Digitalisierung mehr als ein Smartboard im

26 Klassenzimmer bedeutet. Die im Konzept für den Regelbetrieb festgelegten Qualitäts-
27 kriterien für digitalen Fernunterricht sind deshalb unerlässlich, kommen aber wie so oft
28 zu spät.

29 Sollte innerhalb der weniger als zwei verbleibenden Monate bis zum Start des neuen
30 Schuljahres eine Anschaffung der notwendigen Endgeräte durch die erforderlichen Aus-
31 schreibungsprozesse, eventuellen Lieferengpässe sowie zu erwartenden Preiserhöhun-
32 gen aufgrund des gesteigerten Bedarfs nicht gelingen, muss das Land die Verantwor-
33 tung für die anfallenden Kosten einer sinnvollen Alternative tragen, bis die Schulen ei-
34 nen angemessenen digitalen Zugang ermöglichen können.

35 Doch dieser Digitalisierungsschub darf nicht im Sande versickern. Es braucht nachhalti-
36 ge Konzepte, die dauerhaft finanziert werden. Leihgeräte, Online-Plattformen und digi-
37 tale Lerninhalte müssen integraler Bestandteil der deutschen Bildungslandschaft sein.
38 So werden durch das Sofortprogramm zwar die anfänglichen Kosten abgedeckt, aller-
39 dings ist es zwingend notwendig, dass auch die Mittel für die Instandhaltung und den
40 technischen Support vonseiten des Landes (und des Bundes) bezuschusst werden. Die
41 Schulträger dürfen mit den langfristig entstehenden Kosten nicht allein gelassen wer-
42 den. Auch der Digitalpakt ist dahingehend schrittweise zu ändern, sodass neben der
43 digitalen Ausrüstung der Schulen selbst, die bisher im Vordergrund stand, auch digitale
44 Lernplattformen, digitale Unterrichtsmodelle wie *Flip the classroom* und die Weiterfinan-
45 zierung mobiler Leihgeräte stärker gefördert werden. Klar ist aber auch: digitale Klassen-
46 zimmer und der Internetanschluss von Schulen haben Priorität. Der in den letzten Jahren
47 stark vernachlässigte Ausbau des Breitbandes, gerade in ländlichen Räumen, muss viel
48 mehr in den Blick genommen werden. Wir brauchen eine forcierte Digitalisierung mit
49 Augenmaß, denn die Corona-Krise hat gezeigt, dass sie Unterricht nur verbessern und
50 ergänzen, nicht aber vollständig ersetzen kann.

51 *Individuelle Förderangebote statt unzureichende ‚Lernbrücken‘*

52 Es ist richtig, die Schulen und Lehrkräfte nur zum Kerncurriculum zu verpflichten und
53 damit den obligatorischen Lernstoff um ungefähr ein Viertel zu reduzieren. Jedoch wird
54 auch diese ‚Bildungsplanentschlackung‘ erhebliche Herausforderungen mit sich brin-
55 gen, schließlich werden sich durch die anstehenden Lernstandserhebungen bei eini-
56 gen Klassen und Schüler*innen voraussichtlich erheblich Defizite aufzeigen. Wir fordern
57 deshalb individuelle Förderangebote, die über die geplanten ‚Lernbrücken‘ in den letz-
58 ten beiden Wochen der Sommerferien hinausgehen.

59 Um den Schüler*innen eine angemessene Möglichkeit zu bieten, Lernstoff und zu wie-
60 derholen, sowie eine individuelle Förderung zu ermöglichen, muss das Land Baden-
61 Württemberg ein individuelles Förderprogramm für die Schüler*innen im Rahmen des
62 (gesamten) Schuljahres 2020/2021 vorlegen. Neben den beiden Fächern Mathematik
63 und Deutsch sollte dieses Förderprogramm auch weitere Fächer miteinbeziehen. Ei-
64 ne Kooperation verschiedener Schulen ist wünschenswert, kleine Gruppengrößen sind

65 aus Infektionsschutz- als auch Förderungsgründen anzustreben. Es lohnt sich, auch
66 im kommenden Schuljahr über einen ‚Rettungsschirm‘ für Nachhilfe, wie ihn die SPD-
67 Landtagsfraktion Baden-Württemberg schon vor Monaten gefordert hat, oder andere
68 weitere dauerhafte Fördermöglichkeiten nachzudenken.

69 *Schulbesuchspflicht aufrechterhalten, Attestpflicht einführen*

70 Die Aufhebung der Schulbesuchspflicht kritisieren wir scharf. Sie folgt einem falschen
71 Freiheitsbegriff und es verwundert, dass gerade das konservativ geführte Kultusministe-
72 rium diese Aufhebung vornimmt. Zudem steigt damit die Belastung der Lehrkräfte, denn
73 neben dem normalen Unterricht im Klassenzimmer müssen entsprechende Schüler*in-
74 nen aus der Ferne mitlernen. Kultusministerin Eisenmann nimmt willentlich in Kauf,
75 dass Bildungsungleichheiten und suboptimale Förderung, über die in den vergangenen
76 Monaten ausgiebig diskutiert wurde und die gerade die Rückkehr in den angepassten
77 Regelbetrieb beheben sollte, erneut entstehen und institutionalisiert werden. Auch im
78 Hinblick auf die soziale, motivationale und emotionale Entwicklung ist die Teilnahme
79 von Schüler*innen am Regelunterricht essenziell. Eine formlose Abmeldung vom Schul-
80 betrieb ohne Begründung lehnen wir deshalb vehement ab. Zugleich erkennen wir die
81 Sorgen der Eltern um die Gesundheit der Kinder an, deshalb unterstützen wir das Vorha-
82 ben, dass Eltern ihr Kind aufgrund einer relevanten Vorerkrankung unbürokratisch und
83 ohne Attest von der Teilnahme am Unterricht entschuldigen können. In begründeten
84 Einzelfällen soll es aus unserer Sicht den Schulen jedoch möglich sein, ein entsprechen-
85 des Attest zu verlangen.

86 Mehrtägige außerunterrichtliche Veranstaltungen sollten, sofern sie unter den jeweils
87 geltenden Hygiene- und Abstandsregeln stattfinden und das Infektionsgeschehen dies
88 zulässt, für das zweite Halbjahr erlaubt werden.

89 *Gesundheitsschutz bestmöglich gewährleisten*

90 Der Schutz der Gesundheit aller Beteiligten hat für uns oberste Priorität. Wir begrü-
91 ßen deshalb die Entscheidung der Landesregierung, außerhalb der Klassenzimmer im
92 Schulgebäude weiterführender Schulen eine Maskenpflicht einzuführen. Nichtsdesto-
93 trotz stehen die Schulen in der Pflicht, möglichst separate Wege für verschiedene Klas-
94 sen innerhalb des Gebäudes zu markieren. Auch die Testung der Beschäftigten an Kitas
95 und Schulen zwischen Mitte August und September ist ein wichtiger Schritt. Entspre-
96 chende Testmöglichkeiten sollten aber bestmöglich auch über den September hinaus
97 zur Verfügung gestellt werden. Zudem muss die Abfrage nach Ausschlussgründen vom
98 Unterricht zu Beginn des Regelbetriebs und nach allen Schulferien durch Formulare er-
99 folgen, die mehrsprachig sind, sodass alle Eltern valide Auskünfte geben können. Dass
100 Lehrkräfte durch das Land Masken zur Verfügung gestellt bekommen, muss logistisch
101 angemessen organisiert werden. Zudem sollten Schulgebäude häufiger gereinigt wer-
102 den, die Kommunen bei der Finanzierung von Reinigungskräften, sofern diese bei dem

103 jeweiligen Schulträger direkt angestellt sind, durch das Land finanziell unterstützt wer-
104 den.

105 *All we need is Lehrkräfte*

106 Der angestrebte Regelbetrieb wird besonders Lehrkräfte an die Belastungsgrenze brin-
107 gen. Der chronische Lehrkräftemangel bestimmter Schulformen und Regionen wurde
108 erst durch Corona an manchen Stellen wirklich zu Tage gefördert. Es ist zu befürch-
109 ten, dass im kommenden Schuljahr verstärkt regionale Differenzen zwischen Land und
110 Stadt auftreten werden, weil Stellen auf dem Land weniger beliebt sind und gleichzeitig
111 die technische Infrastruktur in ländlichen Regionen weitaus schlechter ist. Hier gilt es,
112 energisch gegenzusteuern. Auch interschulische Unterschiede zwischen Schulformen
113 und damit Bildungsungerechtigkeiten eines ohnehin schon äußerst ungerechten mehr-
114 gliedrigen Schulsystems dürften sich verstärken. Es braucht besonders an Grundschu-
115 len mehr Lehrkräfte, eine attraktivere Gestaltung des Berufs und die Entlastung von
116 verwaltungstechnischen Aufgaben. Dies sind seit Jahren Kernforderungen jungsozialis-
117 tischer Bildungspolitik.

118 Dass Lehrkräfte an mehreren Dienstorten Präsenzunterricht erteilen sollen, erschließt
119 sich uns, auch aus Infektionsschutzgründen, nicht. Wenn Schüler*innen möglichst ge-
120 trennt in ihren Klassen bleiben sollen, muss dies auch für Lehrkräfte gelten. Auch wenn
121 es praktisch aufgrund des mangelnden Personals an vielen Stellen vermutlich nicht an-
122 ders möglich sein wird, eine flächendeckende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten,
123 sehen wir dieses Vorhaben nichtsdestotrotz kritisch. Es gilt in diesem Zuge, mindestens
124 bis zu den Winterferien, viel mehr über den verstärkten Einbezug der Lehramtsstudie-
125 renden im Praxissemester nachzudenken.

126 *Begründung*

127 Erfolgt mündlich